

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 48. Sitzung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung (P/048/2018)

am Mittwoch, 5. September 2018,

16:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 200, 1. Etage,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

Anwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r
Annekatriin Klepsch

CDU-Fraktion
Sandra Doroba
Steffen Kaden
Angelika Malberg
Dr. Helfried Reuther

Fraktion DIE LINKE.
Andreas Naumann
Manuela Sägner
Kerstin Wagner

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kati Bischoffberger

SPD-Fraktion
Peter Bartels
Dr. Christian Bösl ab 16:17 Uhr

Fraktion Alternative für Deutschland
Stefan Vogel

FDP/FB-Fraktion
Jens Genschmar

Stellvertretende Mitglieder

Rica Gottwald Vertretung für Frau Anja Apel
Dietmar Haßler Vertretung für Herrn Hermann Wolfgang Kulzer
Torsten Schulze Vertretung für Frau Ulrike Caspary

Abwesend:

CDU-Fraktion
Hermann Wolfgang Kulzer

Fraktion DIE LINKE.
Anja Apel

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Ulrike Caspary

Verwaltung:

Herr Szuggat	Amtsleiter Stadtplanungsamt
Herr Pfeil	Stadtplanungsamt
Herr Hentschelmann	Straßen- und Tiefbauamt
Frau Porrmann	Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft

Gäste:

Frau Kernert	Anwohner
Frau Müller	Anwohner
Frau Wünsch	Anwohner
Frau Döring	Anwohner
Frau Reinhardt	Anwohner
Herr Beyer	Anwohner
Frau Domme	Anwohner
Frau Pollok	Anwohner
Frau Koch	Anwohner
Frau Wille	Anwohner
Frau Taupke	Anwohner
Frau Steinkopff	Anwohner
Frau Pollok R.	Anwohner
Herr Harz	Anwohner
Frau Bücher	Anwohner
Frau Herrmann	Anwohner
Herr Herrmann	Anwohner
Frau Hubald	Anwohner
Frau Heber	Anwohner
Frau Grobe	Anwohner
Frau Pahl	Anwohner
Frau Biebach	Anwohner
Frau Kramer	Anwohner
Frau Jaeschke	Anwohner
Herr Hochkappeler	Anwohner
Frau Hochkappeler	Anwohner
Frau Thiele	-
Herr Pulsch	-
Herr Rowenhagen	-
Herr Thiele	-
Herr Hermann	-
Frau Barhard	-
Frau Harz	-
Frau Liebing	-
Frau Lasch	-
Frau Peschel	-
Frau Dankhoff	-

Frau Hermann	-
Herr Peschel	-
Frau Schwandes	-
Herr Pitt	-
Herr Schulz	-
Frau Schulz	-
Herr Hausmann	-
Frau Hausmann	-
Herr Müller	Anwohner
Herr Grenzner	
Herr Mikoleit	Anwohner Waldhofstraße
Frau Wünsch	Anwohner
Herr Jaeschke	

T A G E S O R D N U N G

Nicht öffentlich

- 1 Anhörung Petition P0112/18 "Einordnung eines öffentlichen Gehweges für den Verkehrszug Boxdorfer Weg/Waldhofstraße/Lößnitzweg in das Fußverkehrs-/Gehwegkonzept der Landeshauptstadt Dresden"

Öffentlich

- 2 Einordnung eines öffentlichen Gehweges für den Verkehrszug Boxdorfer Weg/Waldhofstraße/Lößnitzweg in das Fußverkehrs-/Gehwegkonzept der Landeshauptstadt Dresden **P0112/18
beschließend**
- 3 Friedhofssatzung/Gestaltungsvorschriften Grabmale Urnenwahlgräber **P0114/18
beschließend**
- 4 Bauvorhaben Florian-Geyer-Straße 13 **P0115/18
beschließend**
- 5 Straßenmusik mit Verstärker oder Lautsprecher **P0116/18
beschließend**
- 6 Sanierung der Hohendölzschener- und Wurgwitzer Straße **P0117/18
beschließend**

Nicht öffentlich

- 7 Posteingang
- 8 Sonstiges

öffentlich

Einleitung:

Frau Bürgermeisterin Klepsch stellt die frist- und formgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung fest.

Herr Stadtrat Schulze und **Frau Stadträtin Mahlberg** beantragen, dass der Tagesordnungspunkt 4, aufgrund des hohen öffentlichen Interesses, als erster Punkt behandelt wird.

Dem Antrag wird einheitlich zugestimmt.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen. **Frau Bürgermeisterin Klepsch** eröffnet und leitet die Sitzung.

- | | | |
|----------|---|----------------------------------|
| 2 | Einordnung eines öffentlichen Gehweges für den Verkehrszug
Boxdorfer Weg/Wahldhofstraße/Lößnitzweg in das Fußverkehrs-
/Gehwegkonzept der Landeshauptstadt Dresden | P0112/18
beschließend |
|----------|---|----------------------------------|

Herr Stadtrat Schulze regt an, die Verkehrszählungen und die Ergebnisse der Arbeitsaufträge an das Straßen- und Tiefbauamt abzuwarten. Aus diesem Grunde beantragt er, dass man die Petition zurücksetzt und im Dezember oder Januar erneut abschließend beraten könne. Die Petenten sollten mit einem Zwischenbescheid informiert werden.

Frau Stadträtin Doroba schließt sich den Ausführungen an. Wichtig sei hier, eine dauerhafte Lösung zu finden und auch die Gehwege zu berücksichtigen.

Frau Bürgermeister Klepsch lässt über folgende Aufträge und Vertagungsantrag abstimmen:

Die Petition wird zurückgestellt, bis die Ergebnisse der Verkehrszählung vorliegen und dem Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung vorgestellt werden können.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Zulässigkeit einer Anliegerstraße zu prüfen. Des Weiteren sollen Möglichkeiten zur Verhinderung des Durchgangsverkehrs sowie Maßnahmen zur kurzfristigen Beruhigung des Verkehrs untersucht werden

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

3 Friedhofssatzung/Gestaltungsvorschriften Grabmale Urnenwahlgräber**P0114/18
beschließend**

Frau Stadträtin Wagner erläutert, dass man der Petition nicht abhelfen könne. Es gebe keinen Grund die Satzung zu ändern, da es die Möglichkeit gebe, Angehörige mit einem ausreichend großen Grabstein zu beerdigen.

Herr Stadtrat Dr. Bösl bittet um konkrete Erläuterung der Stellungnahme des Geschäftsbereiches für Umwelt und Kommunalwirtschaft. Darin sei dargelegt, dass eine Änderung der Satzung angedacht sei. Er schlägt vor, dass man aus Sicht des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung eine Änderung der Satzung befürworte.

Herr Stadtrat Schulze vertritt die Meinung, dass es nicht angemessen sei, aufgrund eines Einzelfalles die Satzung zu ändern.

Herr Stadtrat Dr. Bösl verliert die Stellungnahme des Geschäftsbereiches für Umwelt und Kommunalwirtschaft. Er bedauere es sehr, dass man trotz der vorliegenden positiven Stellungnahmen der Stadtverwaltung dieser Petition nicht abhelfen wolle.

Frau Bürgermeisterin Klepsch weist darauf hin, dass die Petentin eine grundsätzliche Lösung ersuche. Dem kann laut der Stellungnahme der Verwaltung durch die Erweiterung des Friedhofes in Dölzchen abgeholfen werden.

Herr Stadtrat Dr. Reuther erläutert, dass man im Moment der Petition nicht abhelfen könne. Man sollte den Petenten informieren, dass im Zuge der Erweiterung des Friedhofes Dölzchen eine Lösung umgesetzt werden könne.

Frau Pormann informiert die Ausschussmitglieder, dass die Erweiterung der Friedhofsfläche in Dölzchen sowie die Änderung der Satzung geplant sei. In diesem Zusammenhang solle auch geprüft werden, ob die Gestaltungsvorschriften für den restlichen Friedhof gelockert werden könnten.

Frau Bürgermeisterin Klepsch lässt darüber folgende Punkte abstimmen:

Dem Petenten wird der aktuelle Planungsstand übermittelt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

Im kommenden Jahr werden die Ausschussmitglieder über den aktuellen Bearbeitungsstand seitens der Stadtverwaltung informiert.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 2

Der Petition kann abgeholfen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 2

Beschluss:

Der Petition kann abgeholfen werden. Dem Petent wird im Rahmen der Beantwortung die Stellungnahme der Verwaltung übermittelt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Sitzung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung am 15. Mai 2019 über den aktuellen Bearbeitungsstand zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 2

4 Bauvorhaben Florian-Geyer-Straße 13

**P0115/18
beschließend**

Herr Stadtrat Kaden übernimmt in Vertretung von Herrn Stadtrat Dr. Brauns die Berichterstattung zur Petition P0115/18. Er bittet um Rederecht für Herrn Jaeschke (Petent).

Frau Bürgermeisterin Klepsch lässt über den Antrag auf Rederecht abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Zustimmung

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Herr Jaeschke stellt die wesentlichen Inhalte der Petition vor. Das geplante Bauprojekt bringe eine massive Beeinträchtigung der Wohn- und Lebensqualität der Anwohner mit sich. Anhand von Bildern veranschaulicht er die geplante Verdichtung auf der Florian-Geyer Straße. Eine solche gegenüberliegende Bebauung ohne seitlichen Versatz sei in Dresden einmalig. Problematisch sei hier der Mangel an Licht, eine eingeschränkte Belüftung und Wärmestau. Gefordert wird daher eine niedrigere Bebauung (6-geschossig). Er betont, dass man sich nicht gegen den sozialen Wohnungsbau ausspreche. Es bemängelt sehr, dass die Anwohner seitens der Stadtverwaltung nicht informiert worden seien. Das Projekt sollte neu geplant und bewertet werden. Er weist darauf hin, dass dieser Bereich Merkmale eines sozialen Brennpunktes aufweise. Dieses Bauprojekt habe weitreichende negative Auswirkungen auf die Johannstadt. Das Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen werde durch den sozialen Wohnungsbau erschwert. Der bereits vorherrschende Mangel an Parkmöglichkeiten werde durch das Bauprojekt weiter verschärft. Laut Entwicklungskonzept sei für dieses Grundstück ein Bau eines Bürger- und Vereinshauses vorgesehen gewesen, welches seitens der Anwohner sehr begrüßt wurde. Herr Jaeschke überreicht der Vorsitzenden einen Nachtrag mit der Bitte, dies in die Akten aufzunehmen.

Herr Stadtrat Schulze weist darauf hin, dass seitens eines Gastes Aufnahmen der Sitzung gemacht wurden. Er bittet darum, dass diese gelöscht werden.

Frau Bürgermeisterin Klepsch unterbricht die Sitzung, bis die Aufnahmen gelöscht werden und bezieht sich dabei auf die Geschäftsordnung des Stadtrates.

Frau Stadträtin Wagner stellt einen Antrag auf Anhörung, sodass die Verwaltung die Möglichkeit habe, zu dieser Petition Stellung zu nehmen.

Herr Stadtrat Bartels bittet darum, dass man zukünftig eine Lösung finde, wie man mit solchen Petitionen umgehe. Er schlägt vor, erst nach der Bürgerversammlung der Stadtverwaltung erneut über die Petition abschließend zu beraten.

Herr Stadtrat Kaden berichtet, dass man sich innerhalb der Fraktion intensiv mit dem Sachverhalt auseinandergesetzt habe. Eine Lösung im Petitionsausschuss wird nicht möglich sein. Es sei jedoch möglich, dass die Stadtverwaltung auf die Gesellschaft Einfluss hinsichtlich der zukünftigen Planung nehme. Hier sei es aus seiner Sicht wichtig, dass die Fachausschüsse einbezogen werden. Der Petition könne so nicht abgeholfen werden. Sein Vorschlag ist es, den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften sowie den Ausschuss für Soziales und Wohnen zu beteiligen und eine Anhörung in der nächsten Sitzung zu organisieren.

Herr Stadtrat Schulze schlägt vor, dass Vertreter der ‚Wohnen in Dresden‘ (WiD) sowie das Stadtplanungsamt zur Anhörung eingeladen werden. Er weist darauf hin, dass seitens der WiD eine Informationsveranstaltung am 4. September 2018 stattgefunden habe und dementsprechend die Anwohner informiert und einbezogen worden seien.

Herr Stadtrat Vogel bittet darum, den Empfehlungen von Herrn Stadtrat Kaden zu folgen.

Herr Stadtrat Schulze erinnert daran, dass das geplante Bauvorhaben nach § 34 BauGB genehmigt werden müsse. Daher stellt sich in diesem Falle keine politische Frage.

Andere Gremien können keinen Beschluss fassen. Eine Anhörung mit einem Beschluss im Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung ohne gleichzeitige Beteiligung weiterer Gremien sei ratsam.

Herr Stadtrat Kaden entgegnet, dass es sich hier um eine städtische Gesellschaft handle und somit der Stadtrat eine Entscheidung treffen könne.

Herr Stadtrat Bartels erläutert, dass bisher bei solchen Petitionen der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung einen Beschluss gefasst und dabei Festlegungen an die Verwaltung gegeben habe. Er bittet darum, dass die Petenten im Rahmen einer Anhörung gemeinsam mit den Fachämtern angehört werden und im Nachgang ein Beschluss gefasst werde.

Herr Stadtrat Dr. Reuther betont, dass es in diesem Ausschuss nicht möglich sei das Anliegen fachlich zu bewerten. Auch er ist der Ansicht, dass weitere Fachausschüsse beteiligt werden sollten um eine Lösung zu finden.

Frau Stadträtin Bischoffberger beantragt eine Auszeit von drei Minuten. Dem wird mehrheitlich zugestimmt.

Herr Szuggat erläutert den Sachstand seitens des Stadtplanungsamtes. Es liegt derzeit kein Bauantrag vor. Die bisherigen Planungen seien in den letzten zwei Jahren erarbeitet worden. Dabei habe die WiD intensiv an dem Vorhaben gearbeitet. Man befinde sich im Moment in der Planungsphase III. In dieser Phase werden die Fachgutachter hinzugezogen. Geplant sei es, den Bauantrag Ende des I. Quartales des nächsten Jahres zu stellen. Aus seiner Sicht sei es wichtig eine schnelle Lösung zu finden, da die Fachgutachter bereits an der Planung arbeiten, was mit Kosten verbunden sei. In dem genannten Bereich ist Bauen nach § 34 BauGB möglich, sofern kein Bebauungsplan vorliegt.

Herr Stadtrat Kaden stellt den Antrag die Petition in die Ausschüsse Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften sowie den Ausschuss für Soziales und Wohnen zu verweisen. In der nächsten Sitzung sollte dazu eine Anhörung mit den Petenten, dem Geschäftsführer der WiD, dem Stadtplanungsamt, Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann sowie dem Umweltamt stattfinden.

Herr Stadtrat Bösl bittet darum, dass seitens der Stadtverwaltung eine Visualisierung des Bauvorhabens aus verschiedenen Standorten in der Anhörung vorgestellt werde.

Herr Stadtrat Genschmar schlägt vor, die Anhörung erst nach der Beteiligung der Fachausschüsse durchzuführen.

Herr Stadtrat Kaden spricht sich aus Zeitgründen dafür aus, die Anhörung in der kommenden Sitzung stattfinden zu lassen. Die Empfehlungen der Fachausschüsse liegen dann für die beschließende Sitzung den Stadträten vor.

Herr Stadtrat Vogel bittet darum, dass auch der Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft einbezogen werde, da hier umweltrechtliche Belange betroffen seien.

Herr Stadtrat Kaden stimmt den Anmerkungen von Herrn Stadtrat Vogel zu.

Frau Bürgermeisterin Klepsch fasst den Vorschlag von Herrn Stadtrat Kaden zusammen und lässt über folgende Punkte abstimmen:

Die Petition wird in die Ausschüsse Soziales und Wohnen, Umwelt und Kommunalwirtschaft sowie Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften überwiesen.

In der Sitzung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung findet am 26. September 2018 eine Anhörung mit dem Geschäftsführer der WID (Wohnen in Dresden), Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann, einem Vertreter des Stadtplanungsamtes sowie einem Vertreter des Umweltamtes statt.

Abstimmungsergebnis:

Verweisung

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

5 Straßenmusik mit Verstärker oder Lautsprecher

**P0116/18
beschließend**

Herr Stadtrat Dr. Reuther bezieht sich auf die Stellungnahme der Stadtverwaltung und schlägt vor, dass die Verwaltung beauftragt werde, einen Vorschlag zur Satzungsänderung vorzulegen. Damit könne der Petition abgeholfen werden.

Frau Stadträtin Wagner erläutert, dass eine geltende Satzung vorliege und lediglich die Regeln seitens der Musiker nicht eingehalten werden. Sie ist der Meinung, dass das Ordnungsamt die Vorschriften durchsetzen sollte und damit keine Satzungsänderung von Nöten sei. Der Petition könne nicht abgeholfen werden.

Herr Stadtrat Kaden appelliert an die Ausschussmitglieder, dass hier eine Lösung gefunden werden müsse, da eine klare Beschwerdelage vorliege.

Herr Stadtrat Dr. Bösl ist ebenfalls der Ansicht, dass hier eine Lösung gefunden werden müsse. Ein pauschales Verbot hält er jedoch nicht für angemessen, vielmehr sollte man über eine orts- und anlassbezogene Prüfung nachdenken.

Herr Stadtrat Schulze schlägt eine Vertagung vor. Er bittet um Erläuterung seitens des Ordnungsamtes, wie man mit Beschwerden umgehe und wie gegen die Verstöße vorgegangen werde.

Frau Stadträtin Bischoffberger schlägt vor, die Petition in den Ausschuss für Kultur und Tourismus zu überweisen.

Frau Bürgermeisterin Klepsch lässt über folgende Vorschläge abstimmen:

Vertagungsantrag mit Prüfung des Anliegens durch das Ordnungsamt

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 6 Nein 7 Enthaltung 0

Beratung der Petition im Ausschuss für Kultur und Tourismus

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 4 Nein 7 Enthaltung 2

Auftrag an die Verwaltung, die Satzung hinsichtlich eines Verbotes von Verstärkern und Lautsprecher zu ändern

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 7 Nein 5 Enthaltung 1

Der Petition kann abgeholfen werden

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 7 Nein 2 Enthaltung 4

Beschluss:

Der Petition kann abgeholfen werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Vorschlag zur Satzungsänderung Straßenkunst hinsichtlich eines Verbotes vom Einsatz von Lautsprechern und Verstärkung bei der Ausübung von Straßenkunst, vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 7 Nein 2 Enthaltung 4

6 Sanierung der Hohendölzschener- und Wurgwitzer Straße**P0117/18
beschließend**

Frau Stadträtin Doroba schlägt vor, dass der Petition teilweise abgeholfen werden könne und dem Petenten die Stellungnahme der Verwaltung übermittelt werde.

Laut Stellungnahme soll eine Planung zur Sanierung erfolgen. Dafür seien bereits Haushaltsmittel eingestellt. Da der Haushalt 2019/2020 jedoch noch nicht beschlossen sei, empfiehlt sie eine teilweise Abhilfe, vorbehaltlich des kommenden Haushaltsbeschlusses.

Frau Bürgermeisterin Klepsch lässt über den vorgetragenen Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Petition kann teilweise abgeholfen werden. Dem Petent wird die Stellungnahme der Verwaltung übermittelt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

Annekatriin Klepsch
VorsitzendeManuela Gertig
SchriftführerinKati Bischoffberger
StadträtinSteffen Kaden
Stadtrat